

Paul, Michael

Research Report

Raketenabwehr: Probleme und Chancen für die Nato-Russland-Beziehungen

SWP-Aktuell, No. 35/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Paul, Michael (2012) : Raketenabwehr: Probleme und Chancen für die Nato-Russland-Beziehungen, SWP-Aktuell, No. 35/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255055>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Raketenabwehr: Probleme und Chancen für die Nato-Russland-Beziehungen

Michael Paul

Schon am ersten Tag seiner dritten Amtszeit als russischer Präsident unterzeichnete Wladimir Putin ein Präsidialdekret, in dem er die Position des Kreml zur Raketenabwehr festlegte: Die russische Regierung solle weiterhin auf eine feste Zusage der Nato hinwirken, dass die in Europa stationierten Abfangraketen nicht gegen die russischen nuklearen Fähigkeiten gerichtet seien. Wenige Tage zuvor hatte Generalstabschef Nikolai E. Makarow frühere Warnungen wiederholt, dass Russland als äußerste Reaktion auf das Raketenabwehrsystem erwäge, in seiner Exklave Kaliningrad Kurzstreckenraketen zu stationieren oder gar einen präemptiven Schlag gegen das Abwehrsystem auszuführen, falls sich die Lage eines Tages zuspitzen sollte. Trotz der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Nato anlässlich des Gipfeltreffens in Chicago, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet sei, hält der Konflikt mit Moskau an. Zwar sind Befürchtungen, es könne zu einem neuen Rüstungswettlauf kommen, weitgehend unbegründet, nicht aber Sorgen über die möglichen Folgen des Misstrauens und der Fehlperzeptionen in Russland. Der beste Weg, um Missverständnisse zu überwinden, wäre eine Kooperation in der Raketenabwehr in Form eines intensiveren Informationsaustauschs und einer Kombination von Fähigkeiten.

Auf dem Nato-Gipfeltreffen in Chicago wurde im Mai 2012 die strategische Partnerschaft zwischen der Allianz und der Russischen Föderation einmal mehr bekräftigt. Die Nato betrachtet Russland nicht als Bedrohung und manche sehen in den von Moskau angekündigten Maßnahmen gegen das Raketenabwehrsystem der Allianz schlichtweg eine ungerechtfertigte Verschwendung russischer Ressourcen. Aber es handelt sich bei den russischen Warnungen nicht um bloße Rhetorik, und die derzeitige

militärische Modernisierung der russischen Streitkräfte könnte jenen Akteuren Vorschub leisten, die eine eurozentrische Nato befürworten, reorganisiert um den klassischen Bündniszweck nach Artikel 5 (kollektiver Verteidigungsfall). Damit könnte auch die Kooperation mit Russland in Frage gestellt werden. Auf den ersten Blick mag es für beide Seiten komfortabel erscheinen, auf dem Status quo zu beharren statt die Beziehungen zu vertiefen, denn eine Zusammenarbeit in der Raketenabwehr würde

Moskau eine echte Chance bieten, in Nato-Projekten zu partizipieren, wohingegen es auch russische Einrichtungen in ein Nato-Abwehrsystem einbringen müsste. Bei genauerer Betrachtung indes zeigt sich, dass das Vorhaben der Allianz eine einmalige Gelegenheit zur Kooperation darstellt, die zu einer längerfristigen Verbesserung des Verhältnisses genutzt werden sollte. Putins Dekret besagt nämlich auch, dass Moskau die Zusammenarbeit auf eine »wirklich« strategische Ebene heben möchte. Und welches Projekt wäre ambitionierter und dafür besser geeignet?

Raketenproliferation und der Phasenansatz

Gemäß der Bedrohungsanalyse der Nato ist die Gefahr der Weiterverbreitung ballistischer Raketen der entscheidende Grund für die Errichtung eines Raketenabwehrsystems (Ballistic Missile Defense, BMD). Eine Vielzahl von Staaten verfügt inzwischen über ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen. Der Besitz dieser Waffensysteme hat, selbst wenn sie nur in geringer Zahl existieren, direkten Einfluss auf regionale Kräfteverhältnisse. Entsprechend stellte der russische General Wjatscheslaw Trubnikow fest, dass selbst wenn in Zukunft weder Iran, noch Pakistan oder Nordkorea zu Feinden Russlands würden, das bereits existierende und eventuell atomraketenfähige Potential solcher Länder die regionalen Verhältnisse destabilisiere. Die Wahrscheinlichkeit, dass Raketen mit Massenvernichtungswaffen tatsächlich eingesetzt werden, ist sehr gering. Aber allein die Drohung damit könnte die Bereitschaft der USA oder ihrer Verbündeter schwächen, auf eine Aggression zu reagieren. Natürlich würde Washington selbst angesichts von Massenvernichtungswaffen handeln, wenn es vitale amerikanische Interessen bedroht sähe. Allerdings stellen Gefährdungen des internationalen Friedens nicht unbedingt direkte Risiken für vitale Interessen dar, so dass die Furcht vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf den Entscheidungs-

prozess der USA und der Nato einwirken – und das Bündnis von einer militärischen Intervention abhalten – könnte. Solch ein Szenario ist nicht neu, sondern wurde schon 2001 in einem gemeinsamen Papier von RAND Europe und SWP beschrieben. Darüber hinaus haben sich die rüstungskontrollpolitischen Barrieren gegen den Erwerb von Massenvernichtungswaffen und Raketen als porös erwiesen: Weder der Nichtverbreitungsvertrag noch das Raketenkontrollregime (Missile Technology Control Regime) konnten verhindern, dass sich Massenvernichtungswaffen und Raketen-technologie weiter verbreitet haben. Deshalb ist die Raketenabwehr aus Sicht ihrer Befürworter eine weitere Option, um sich vor Erpressung und Drohungen durch Staaten zu schützen, die solche Fähigkeiten besitzen.

Der »Plan zur stufenweisen Errichtung eines aufeinander abgestimmten Raketenabwehrsystems für Europa« (European Phased Adaptive Approach, EPAA), den Präsident Barack Obama am 17. September 2009 bekanntgab, ist eine Antwort auf die sich abzeichnenden Risiken. Ein Jahr später, im November 2010, entschieden die Staats- und Regierungschefs auf dem Nato-Gipfeltreffen in Lissabon eine Raketenabwehr aufzubauen, die die Nato-Staaten gegen die Bedrohung durch die Raketenproliferation schützen soll, und verknüpfte dies mit einem Kooperationsangebot an Russland.

Geplant sind vier Stationierungsphasen: In der ersten sollen eine Radarstation in der Türkei und ein Raketenabwehrkreuzer der Aegis-Klasse mit SM-3-Block-IA-Raketen (SM = Standard Missile) die Abdeckung von Teilen Europas übernehmen. Auf dem Nato-Gipfeltreffen in Chicago wurde die »Interimfähigkeit«, sprich die einstweilige Operabilität der Raketenabwehr, konstatiert. Am 21. Mai 2012 übernahm die Nato-Kommandobehörde zur Führung von Luftstreitkräften in Ramstein das Kommando und die Kontrolle. Die Interimfähigkeit ermöglicht es, eine begrenzte BMD-Planung vorzunehmen und Informationen mit nationalen Einrichtungen auszutauschen. Dazu wurde die Kontrolle über die amerikanische Radaranlage

in der Türkei vom US-Präsidenten an die Nato übergeben, und amerikanische Raketenabwehrkreuzer können künftig, falls notwendig, der Nato unterstellt werden.

In der zweiten Phase (Zeitraumen bis 2015) soll eine weiterentwickelte Version der SM-3-Abfangrakete (Block IB) stationiert werden. Vorgesehen ist eine Bodenstation in Rumänien, die die Abdeckung gegen Kurzstreckenraketen (Reichweite 150 bis 800 km) und Mittelstreckenraketen (800 bis 2400 km) vergrößern wird. Diese Anfangsbefähigung zur Raketenabwehr soll in den Folgejahren zur vollen Einsatzbereitschaft ausgebaut werden: In Phase 3 (Zeitraumen bis 2018) soll eine abermals weiterentwickelte Version der SM-3 (Block IIA) stationiert werden, um auch Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (2400 bis 5500 km) erfassen zu können. Außerdem soll eine Bodenstation in Polen errichtet werden. In der vierten und letzten Phase 4 (Zeitraumen bis 2020) soll eine komplett neue Abfangrakete (SM-3 Block IIB) stationiert werden, die gegen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite und künftige potentielle Bedrohungen der USA durch ballistische Raketen interkontinentaler Reichweite (ICBMs) einsetzbar ist.

In jeder Phase sollen die jeweils erneuerten Abfangraketen in die ihrerseits modernisierte Radar- und übrige Sensortechnologie eingepasst werden, und zwar dergestalt, dass vorhandene Raketen- und Luftverteidigungsprogramme auf europäischer (und möglicherweise russischer) Seite miteinander verbunden werden. Einmal angenommen, dass die Planungen für die Raketenabwehr realisierbar sind (und die Einschätzung der technischen Machbarkeit bleibt höchst kontrovers), richten sich die russischen Befürchtungen weniger auf die ersten beiden Phasen, sondern auf die Zeit nach 2018 und insbesondere nach 2020, wenn plangemäß eine Abwehrfähigkeit gegen Bedrohungen durch zukünftige ICBMs etabliert worden ist. Denn auch in Zukunft werden landgestützte Interkontinentalraketen den Schwerpunkt der strategischen Nuklearwaffensysteme Russ-

lands – und damit der Abschreckungsfähigkeit gegenüber den USA – bilden.

Die Bedrohung nach russischer Lesart

Moskau ist besorgt, dass die Abfangraketen der nächsten Generation, die in Europa stationiert werden sollen, insgeheim gegen russische Interkontinentalraketen gerichtet sind – wenn nicht heute, so möglicherweise in Zukunft unter einer neuen Führung in den USA. Washington und Brüssel bleiben dagegen bei ihrer Aussage, dass die Raketenabwehr auf die Abschreckung eines möglichen Angriffs mit ballistischen Raketen aus anderen Regionen konzentriert ist. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen einer BMD-Architektur, die auf regionale Bedrohungen ausgerichtet ist, und einer Raketenabwehr, die zum Ziel hat, die russische Abschreckungsfähigkeit zu neutralisieren. Selbst die Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative, SDI) vom März 1983 machte den Amerikanern keine Hoffnung, dass die USA jemals wieder – wie vor dem Raketenzeitalter – die Fähigkeit erlangen würden, ihre Städte vor Überraschungsangriffen zu schützen, und Moskau seine Fähigkeit verlieren würde, einen, wenn auch höchst unwahrscheinlichen amerikanischen Erstschlag zu erwidern. Nichtsdestotrotz würden sich jedoch theoretisch eine regional und eine global ausgerichtete Abwehr überlappen: Ob das geplante Projekt nun gegen Russland intendiert ist oder nicht, in den Phasen 3 und 4 wird damit eine inhärente Fähigkeit gegen russische strategische Waffensysteme verknüpft sein. Und ebendies meinte der russische stellvertretende Generalstabschef Waleri W. Gerasimow, als er im Mai 2012 äußerte, dass die in Polen stationierten Abwehrraketen die strategischen Nuklearstreitkräfte Russlands bedrohten (während sie keinen Schutz für Westeuropa gegen eine Raketenbedrohung aus dem Süden sicherstellten).

Die Kontroverse zwischen der Nato und Russland konzentriert sich also auf zu-

künftige Fähigkeiten, die naturgemäß nur schwer abzuschätzen sind. Aber einige Punkte auf der langen Liste russischer Fehlperzeptionen sind aus heutiger Sicht differenzierter darzustellen oder widerlegbar:

Erstens wird es keinen undurchdringlichen »Schild« gegen Raketen geben (und keine Wiedergeburt von SDI), sondern die geplante Raketenabwehr wäre im Wesentlichen eine Sicherheitsvorsorge, um im Fall eines Angriffs das Ausmaß des Schadens begrenzen zu können (siehe dazu Oliver Thränert, *Das Raketenabwehrprojekt der Nato*, SWP-Studie 25/11, September 2011).

Zweitens ist das Projekt nicht gegen Russland gerichtet, das über weit schnellere und technisch fortschrittlichere Raketen verfügt als Länder wie Iran und Nordkorea, die im Mittelpunkt des Abwehrsystems stehen. Auch in Kombination mit 30 Abwehrraketen in Alaska (26) und in Kalifornien (4) – gemäß Pentagon das Rückgrat einer kontinuierlichen operativen Fähigkeit zum Schutz der USA – werden Washington und die Nato in absehbarer Zeit über keine ausreichende Zahl an Abwehrraketen verfügen, um die russische Abschreckungsfähigkeit substantiell zu gefährden.

Drittens sind russische Militärs besorgt, dass im Norden Europas (in Polen oder auf Aegis-Schiffen in der Nordsee) stationierte Abwehrraketen russische Raketen mit Ziel Nordamerika abfangen könnten. Auch die Flugbahnen, die russische Raketen über dem Schwarzmeer oder der norwegischen See nehmen würden, lassen deren Abschuss theoretisch als möglich erscheinen. Wer aber daraus eine Bedrohung der russischen Abschreckungsfähigkeit ableitet, geht von überhöhten Annahmen bezüglich der Zahl der Abwehrraketen und der Qualität des Systems aus. So könnte den in Polen stationierten Abfangraketen kaum ein Abschuss gelingen, da es aus technischen Gründen zu einer beträchtlichen Verzögerung bei der Annäherung der Abfangrakete an die anfliegende Rakete kommen würde. Die Startgeschwindigkeit der neuen SM-3-Varianten (Block II) könnte dies zwar ändern,

ihre technischen Daten sind jedoch noch nicht bekannt.

Viertens wäre es falsch, das Raketenabwehrsystem abzulehnen, weil sich regionale und globale BMD-Architektur überlappen könnten, wenn damit die Proliferation beschränkt werden könnte: Staaten, die sich ohne Raketenabwehr bedroht fühlen, könnten nämlich ihre eigene Vorsorgestrategie entwickeln, das heißt möglicherweise eigene Abschreckungssysteme aufbauen. Je mehr sich aber die Zweifel an der Wirksamkeit von Angriffen verstärken, desto mehr kann das Raketenabwehrprojekt dazu dienen, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketen einzudämmen.

Fünftens wird die Raketenabwehr in der Tat die bereits bestehende konventionelle Überlegenheit der USA noch vergrößern. Aber eine amerikanisch-russische Kooperation würde Moskau dazu befähigen, entstehende amerikanische Fähigkeiten zu antizipieren und entsprechend zu reagieren.

Sechstens wird, aus russischer Sicht, durch die Einbindung einer wachsenden Zahl von Verbündeten in das Abwehrsystem »die Nato zementiert«. Die Stärkung des Bündnisses mag in der Tat aus amerikanischer und europäischer Perspektive ein erwünschtes Nebenprodukt sein. Da die Allianz aber nie nur eine militärische Organisation war, sondern vielmehr ein politisches Bündnis, könnte dies der Sicherheit Russlands eher förderlich sein (ein Argument, das allerdings kaum der in Moskau üblichen Sicht der Nato entspricht, siehe Susan Stewart, *Die Konstruktion des Feindbilds Westen im heutigen Russland*, SWP-Studie 28/08, Oktober 2008).

Siebtens, was dem einen als Bedrohung der strategischen Stabilität gilt, dient dem anderen zu deren Stärkung. Die Raketenabwehr beseitigt nicht die nukleare Abschreckung (und auch nicht die russische Abschreckungsfähigkeit), sondern trägt sogar zu deren fortdauernder Wirksamkeit bei, indem sie die Zweifel über die Erfolgsaussichten eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen erhöht und so die Rolle von

Nuklearwaffen im Gesamtsystem der Abschreckung ergänzt.

Statt einen Rüstungswettlauf auszulösen wäre die Raketenabwehr, wenn die Nato und Russland dabei kooperieren, dazu geeignet, die Systeme der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zu festigen. Das setzt aber voraus, dass die kommenden Jahre genutzt werden, um substantielle Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erzielen.

Fähigkeiten kombinieren statt papierene Lösungen schaffen

Die Kooperation mit Moskau könnte die Effektivität und Effizienz der kombinierten Einrichtungen zur Raketenabwehr insgesamt erhöhen und zugleich Russlands Sicherheit verbessern. Als ersten Schritt vereinbarten die Nato und Russland daher im November 2010, eine gemeinsame Einschätzung der Bedrohung durch ballistische Raketen zu erarbeiten, und der Nato-Russland-Rat nahm die Zusammenarbeit in Fragen der Raketenabwehr wieder auf.

Mittlerweile sind die Gespräche allerdings in eine Sackgasse geraten, weil Washington es ablehnt, Moskau rechtlich verbindliche Garantien zu geben, dass das Raketenabwehrsystem nicht gegen Russland eingesetzt werden kann. Auf dem Nato-Gipfeltreffen in Chicago gab die Allianz stattdessen die bislang bedeutendste politische Erklärung ab: Die Raketenabwehr der Nato sei nicht gegen Russland gerichtet und werde nicht Russlands strategische Abschreckungsfähigkeiten unterminieren. Traditionelles russisches (und westliches) militärisches Denken konzentriert sich indessen mehr auf Fähigkeiten als auf Absichten. Warum also versuchen die Parteien, ihre Differenzen auf dem Papier zu lösen, anstatt pragmatisch zusammenzuarbeiten? Die militärischen Fähigkeiten sowohl der USA wie der Nato werden allein schon durch die enormen Kosten und den klaren Fokus auf regionale Bedrohungen limitiert. Eine Verteidigung des amerikanischen Festlands und des Nato-Territoriums gegen Hunderte hoch-

entwickelter russischer strategischer Raketen und ihre multiplen nuklearen Gefechtsköpfe ist mit dem Umfang des geplanten Systems nicht machbar. Das Ziel der Obama-Regierung ist zwar, das Raketenabwehrsystem mit einer flexiblen Aufwuchsfähigkeit auszustatten, um es weltweit (in Ergänzung zum stationären System in den USA) einsetzen zu können. Es ist diese Unsicherheit über einen möglichen Aufwuchs, der russische Militärs am meisten besorgt. Doch abermals wäre diese Aufwuchsfähigkeit kein Instrument, das gegen die russische Abschreckung gerichtet ist, sondern ein Element amerikanischer globaler Sicherheitspolitik.

Der Vorschlag von Präsident Medwedew vom November 2010 sieht eine »sektorale« Raketenabwehr vor, wobei Teile des Nato-Territoriums in einer russischen »Verantwortungszone« lägen. Die Idee gilt mittlerweile auch unter russischen Experten als unrealistisch, weil damit die Verantwortung für den Schutz von Teilen Europas in elementarer Weise an Moskau delegiert werden würde. Die Raketenabwehr ist aber ein Mittel der kollektiven Verteidigung und basiert auf dem Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses und der Solidarität der Nato. Deshalb kann die Allianz die Sicherheit ihrer Mitglieder unmöglich in die Hände eines Nicht-Bündnispartners legen und es auch nicht zulassen, dass dieser im Rahmen eines gemeinsamen Systems der Zielerfassung im Entscheidungsprozess der Nato ein Vetorecht erhält. Ebenso wenig kann die Nato dem russischen Vorschlag folgen, ein einziges kombiniertes europäisches Raketenabwehrsystem zu etablieren, wenn das bedeutet, Russland die Sicherheit einiger Mitglieder der Allianz zu übernehmen. Damit ist relativ klar, wo die Probleme liegen und wie die Zusammenarbeit *nicht* gestaltet werden kann. Aber worin bestehen die Chancen?

Die Kooperation sollte mit kleinen Schritten beginnen und einem pragmatischen Ansatz folgen. Sie sollte von vertrauensbildenden Maßnahmen flankiert werden und eine klare Zielsetzung haben.

Insofern wäre es einfacher, zunächst Informationen gemeinsam auszuwerten als Hardware zu kombinieren. Das Zusammenführen nachrichtendienstlicher Einschätzungen der Raketenbedrohung auf der Ebene Nato–Russland und USA–Russland ist bereits ein Beispiel für eine positive Zusammenarbeit. Darüber hinaus haben Nato und Russland die gemeinsamen Übungen auf taktischer Ebene wiederaufgenommen; die letzte fand in Ottobrunn im März 2012 statt (nach Meinung eines russischen Generals »das einzig positive Moment nach Lissabon«). Weitere Schritte könnten darin bestehen, Kooperationszentren zu schaffen, die der Sammlung und Verteilung von Informationen und Daten dienen würden, und die gemeinsamen Stabsübungen fortzusetzen, wie es die trilaterale Euro-Atlantische Sicherheitsinitiative vorgeschlagen hat.

Von Seiten der USA und der Nato werden für ein Raketenabwehrsystem unter russischer Beteiligung zwei separate, aber verbundene Systeme favorisiert (Nato-Territorium einerseits, Russland andererseits). Beide würden unter den Einsatzregeln des Bündnisses bzw. nationalen Regeln geführt werden, aber Frühwarndaten austauschen. Idealerweise würden die Daten der verschiedenen Radaranlagen und Sensoren – sowohl solche über die Bedrohungslage als auch solche über Starts ballistischer Raketen durch andere Staaten wie Iran – in ein gemeinsames System integriert werden. Die Erklärung des Gipfeltreffens in Chicago enthält entsprechend den Vorschlag, ein »Nato-Russia Missile Data Fusion Centre« und ein gemeinsames »Planning Operations Centre« zu etablieren, um die Kooperation in der Raketenabwehr planerisch umzusetzen. Zudem soll ein »Transparenzregime« entwickelt werden, unter dem es einen regulären Informationsaustausch über Abwehrfähigkeiten der Nato und Russlands gibt. Eine solche konkrete Zusammenarbeit sei, so heißt es in der Erklärung, das beste Mittel, um Russland jene Zusicherungen zu geben, die es bezüglich der Pläne zur Nato-Raketenabwehr und den damit verbundenen Fähigkeiten zu erhalten suche. Trans-

parenz sollte daher in einem Umfang zugelassen werden, der Moskau die Klarheit darüber verschafft, einschätzen zu können, wie viele Systeme stationiert werden und über welche Fähigkeiten sie verfügen.

Langfristig könnte Moskau sogar seine Radareinrichtung in Sofrino (Don-2NP Radar) in ein gemeinsames Raketenabwehrsystem integrieren. Falls ein entsprechendes Übereinkommen zwischen der Nato und Russland erzielt würde, könnte – das hat der stellvertretende Verteidigungsminister Anatoli Antonow im Mai 2012 erklärt – Don-2 Teil eines künftigen Abwehrsystems werden, das die Bedrohung durch Raketen mittlerer und langer Reichweite abdeckt.

Russland hat sich unter Präsident Putin darauf festgelegt, »feste« Garantien zu verlangen, dass ein globales Raketenabwehrsystem nicht gegen die russischen Nuklearstreitkräfte gerichtet ist. Präsident Obama kann seinerseits keine »rechtlich verbindlichen« Garantien geben, da die US-Regierung im Ratifikationsprozess des neuen START-Vertrages (New START) 2010 gegenüber dem Senat versprochen hat, keine Begrenzungen des amerikanischen Abwehrsystems zuzulassen. Voraussichtlich wird Moskau das Ergebnis des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes abwarten. Nach November 2012 könnte dann möglicherweise ein Kompromiss erzielt werden, indem anstelle von Garantien ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Raketenabwehr geschlossen wird. Mittels spezifischer militärtechnischer Kriterien könnte Russland dann beurteilen, ob die Komponenten des Raketenabwehrsystems mit dem erklärten Ziel übereinstimmen oder nicht.

Die Raketenabwehr bietet also eine Gelegenheit, die Nato-Russland-Beziehungen langfristig zu verbessern. Ob das Potential für Kooperation genutzt wird, ist offen. Aber eine Kooperation in der Raketenabwehr ist der entscheidende Test für die zukünftige Gestaltung der Nato-Russland-Beziehungen.

Raketenabwehr und Abrüstung

Schon im November 2000 hat Armeegeneral Wladimir Jakowlew, seinerzeit Kommandeur der Strategischen Raketentruppen Russlands, die Einschätzung geäußert, dass das amerikanische Programm zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems voraussichtlich nicht aufzuhalten sein werde. Damals versuchte Präsident Putin, in seiner ersten Amtszeit, noch den ABM-Vertrag am Leben zu erhalten, indem er dessen Fortbestehen an das Angebot einer Reduzierung strategischer Nuklearwaffen koppelte. Nun scheint selbst der 2010 unterzeichnete »New START«-Vertrag in Gefahr. Nur wenn für das Problem der Zusammenarbeit in der Raketenabwehr eine Lösung gefunden wird, ist es realistisch, dass es zu weiteren tiefen Einschnitten in den Nuklearwaffenarsenalen kommt. Je stärker die Reduzierungen, desto bedeutsamer wird die Raketenabwehr. Eine neue Architektur der kooperativen Raketenabwehr könnte aber vieles ändern und sogar die bilaterale strategische Rüstungskontrolle überflüssig machen.

Eine Zusammenarbeit in der Raketenabwehr könnte auch den Abzug amerikanischer und russischer substrategischer Nuklearwaffen aus Europa wahrscheinlicher machen (siehe Michael Paul, *Newstart 2.0 zur Abrüstung substrategischer Nuklearwaffen. Verhandlungsansätze und -modelle*, SWP-Studie 14/11, Mai 2011). Wechselseitige Transparenz hinsichtlich der Zahl, des Typs, des Stationierungsorts und des Status der Waffensysteme in Europa könnte den Weg zu Reduzierungen freimachen. Dies könnte mit einem neuen, innovativen Ansatz verbunden werden. Gemäß Steven Pifer, Direktor der »Arms Control Initiative« der Brookings Institution, könnte der nächste Schritt darin bestehen, *alle* strategischen und substrategischen Nuklearwaffen auf jeweils nicht mehr als 2500 Gefechtsköpfe zu begrenzen, mit einer Untergrenze von jeweils nicht mehr als 1000 stationierten strategischen Gefechtsköpfen. Eine solche Regelung würde jeder Seite erlauben, zwischen nicht-strategischen Nuklearwaffen und nicht-stationierten Gefechtsköpfen zu

wählen. Moskau dürfte die erste und Washington die zweite Variante bevorzugen.

Darüber hinaus könnte Russland in Zukunft an seiner traditionellen Fokussierung auf landgestützte, zunehmend mobile Interkontinentalraketen (ICBMs) festhalten, während die USA auf ICBMs generell verzichten könnten. Auf diese Weise ließe sich eine bessere Balance zwischen Offensiv- und Defensivwaffen herstellen und neben strategischer Stabilität die Krisenstabilität erhöhen. Der beste Weg, um die russische Abschreckungsfähigkeit zu erhalten, wären solche tiefgreifenden Reduzierungen, die allerdings ein weiteres Mal langwierige Verhandlungen erfordern würden.

Deutsche Perspektiven

Deutschland sieht sich derzeit nicht unmittelbar bedroht, wie Staatssekretär Rüdiger Wolf für das Bundesverteidigungsministerium im Mai 2012 erklärt hat. Dennoch wachse mit der zunehmenden Verfügbarkeit ballistischer Raketen und entsprechender Gefechtsköpfe auch das Risiko, dass diese wann, wo und wie auch immer zum Einsatz kommen. Aufgrund der technologischen Entwicklung ist absehbar, dass eines Tages weitreichende Trägermittel zur Verfügung stehen, die deutsches Territorium erreichen können. Seitdem Deutschland von Verbündeten und Freunden umgeben ist, sei »diese Bedrohung eine der letztverbliebenen für das deutsche Territorium«.

Worin besteht Berlins Ansatz in Sachen Raketenabwehr? Als Nato-Mitglied folgt Deutschland dem Allianzprinzip einer ausgewogenen Teilung der Risiken und Lasten und beherbergt das operative Kommando der Nato-Raketenabwehr in Ramstein. Langfristig könnte Berlin auch deutsche Fregatten des Typs F 124 für SM-3-Abfangraketen zur Verfügung stellen. Als Partner Russlands kann Berlin helfen, die in Moskau gehegten Sorgen über verdeckte Absichten mit der Raketenabwehr zu zerstreuen – nämlich, dass sie weder heute noch in Zukunft gegen russische Nuklear-

streitkräfte gerichtet sein wird – und weitere vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen. Probleme und Hindernisse auf dem Weg zu einer umfassenden Kooperation zwischen Russland und der USA bzw. Nato sind in der Tat, wie der russische General (und ehemalige Direktor des Auslandsnachrichtendienstes) Wjatscheslaw Trubnikow bemerkte, größtenteils auf Reste des Misstrauens zurückzuführen, die die Zeit des Kalten Krieges überdauert haben. Aber Vertrauen und Kooperation bedürfen des Zusammenwirkens beider Seiten.

Aus transatlantischer Sicht ist die Raketenabwehr weit mehr eine Frage der politischen Architektur europäischer Sicherheit als eine militärische Lösung für eine sich abzeichnende Bedrohung. Seit dem Kollaps der Sowjetunion ist weder im Westen noch auf russischer Seite ein passender institutioneller Rahmen gefunden worden, der eine feste Plattform für reguläre Verhandlungen bietet und den Austausch von Informationen jenseits bilateraler Kanäle sicherstellt. Die amerikanische Expertin Catherine Kelleher meint sogar, Nato, EU, OSZE und das KSE-Regime hätten Russland allesamt in die wenig beneidenswerte Position des Einen gedrängt, der dem Rest gegenübersteht und Mittelpunkt oder Ziel der Aktionen der anderen ist. Russische Generäle erkennen klar die entscheidende Rolle, die einer Zusammenarbeit in der Raketenabwehr für eine echte strategische Partnerschaft zukommt. Deutschland sollte daher die Idee unterstützen, in Brüssel und Moskau Nato-Russland-Kooperationszentren aufzubauen. Diese könnten als organisatorischer Rahmen für eine künftige Sicherheitsarchitektur dienen und sollten ein Höchstmaß an Inklusivität und Interoperabilität sicherstellen.

Zurück in die Zukunft?

Vor vier Jahren erklärte ein hochrangiger General in Kabul, dass die Nato keinerlei Hilfe von Seiten Russlands benötige. Heute ist die russische Unterstützung für ISAF von essentieller Bedeutung. Aus deutscher Sicht

liegt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Nato-Russland-Kooperation auf der Hand. Aber es gibt weiterhin Fehlperzeptionen und Misstrauen zu überwinden. So stellt beispielsweise die Rhetorik der russischen Regierung, die Raketenabwehr als Gefahr für die strategische Stabilität abzustempeln, ein schlichtes Instrument dar, um das Projekt zu delegitimieren, das Feindbild Nato im eigenen Land zu erhalten und die Unterstützung für das Vorhaben in den Nato-Ländern zu schwächen. Darüber hinaus bemüht Moskau immer wieder das Argument, es gebe überhaupt keine Bedrohung durch ballistische Raketen. Jedoch scheint dies nur eine Blockadeposition zu sein, um den Aufbau der Raketenabwehr in Europa zu paralysieren oder Zugeständnisse von amerikanischer Seite zu erlangen.

Moskau verfügt seit Jahrzehnten über ein nationales Raketenabwehrsystem, ein weiteres ist also nicht zwingend erforderlich (einmal angenommen, das vorhandene ist so gut wie es das Nato-System werden soll). Aber eine Kooperation bei der Raketenabwehr würde Moskau die Chance bieten, in diesem Kontext an Nato-Entscheidungen mitzuwirken und Zugang zu technologischen und operativen Fähigkeiten zu erhalten. Darüber hinaus bräuchte Moskau nicht noch mehr nachrichtendienstliche Ressourcen einzusetzen, weil es aus der Kooperation auch den Nutzen ziehen würde, die Fähigkeiten der USA und der Nato zu antizipieren und entsprechend reagieren zu können. Die Zusammenarbeit liegt klar im Interesse Russlands und der Nato: Politisch wäre dies eine unmissverständliche Demonstration, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet ist. Und militärisch würde dadurch das System effektiver. Langfristig kann ein Raketenabwehrsystem nur die europäische Sicherheit stärken, wenn Russland mit an Bord ist. Aber es bedarf sehr viel mehr einer politischen Entscheidung als militärischer Erwägungen, ob eine Zusammenarbeit zustande kommt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364